

Dienerin der Macht

Wie IOC-Präsidentin Kirsty Coventry tickt

In der kommenden Woche ist Kirsty Coventry in aller Welt zu sehen. Zum ersten Mal spielt eine Frau bei der bedeutendsten Sportveranstaltung der Welt die Hauptrolle: Kirsty Coventry, 42 Jahre alt, aus Harare in Simbabwe, wird als Präsidentin des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) bei den Winterspielen in Italien sein. Das olympische Drehbuch sieht einen historischen Moment vor.

In der vergangenen zwei Wochen hat die F.A.Z. versucht, in Erfahrung zu bringen, wie sich die Frau aus Simbabwe, erfolgreichste afrikanische Sportlerin der Olympia-Historie, zum Massaker der Islamischen Republik Iran an der eigenen Bevölkerung äußert, konkret zu den Sportlerinnen und Sportlern, die von den Schergen der Machthaber auf offener Straße erschossen wurden, weil sie für Freiheit demonstrierten. Ermordet von der eigenen Regierung wurde so die junge Schwimmerin Arnika Dabbagh, eine Teenagerin, die unter der Führung ihres Landes niemals zu Olympischen Spielen hätte reisen dürfen, weil die Führung in Teheran Schwimmerinnen sie nicht dorthin schickt. Sollte diese brutale Verletzung der Werte des IOC, sollte der gewaltsame Tod einer jungen Schwimmerin nicht eine IOC-Präsidentin rühren, die einst als Jugendliche von Olympia träumte, Goldmedaillen gewann und darauf eine phänomenale Karriere aufbaute?

Die WDR-Journalisten Robert Kempe und Jochen Leufgens liefern mit ihrer Dokumentation „Die Präsidentin“ eine konzise Antwort: Kirsty Coventry ist zutiefst kompromittiert. „Sie ist die letzte Person, die über Menschenrechte sprechen sollte“, sagt die von der Regierung Simbawes inhaftierte, von der Polizei misshandelte Anwältin Beatrice Mtetwa: „Ich glaube, sie weiß nicht einmal, was mit Menschenrechten gemeint ist.“

Früh im Film zeigen Kempe und Leufgens den Moment, als Kirsty Coventry 2013 ins IOC aufgenommen wird. Sie schwört, sich „freizuhalten von politischem oder wirtschaftlichem Einfluss“. Diese Eidesformel ist seit je nicht ernst zu nehmen, schließlich ist der olympische Zirkel seit seiner Gründung ein Hort jener, die politischen und wirtschaftlichen Einfluss möglichst gewinnbringend einbringen wollen, erst mal zur Förderung olympischer Werte. Kirsty Coventry war schon nach ihren Olympiasiegen 2004 und 2008 reich beschenkt worden von Simbawes Langzeitdiktator Robert Mugabe: 50.000 Dollar 2004, 100.000 Dollar 2008 aus einem Staatshaushalt, der für besondere Menschen besondere Zuwendungen bereithielt – mochten viele Simbawer auch in großer Armut darben. Als Mugabe hochbetagt das Feld räumen musste und sich Emmerson Mnangagwa (in Simbabwe „Das Krokodil“ genannt) an die Macht putschte, lief es für Kirsty Coventry noch besser. Sie wurde 2018 Sportministerin.

Mnangagwa, einst Guerillakommandeur für Mugabe, herrscht in dem Stil, den sein Spitzname vermuten lässt. „Sehr autokratisch, mit hegemonialer Machtsicherung, es herrscht eine Kleptomanie, Ressourcen werden allerorts gestohlen“, sagt der Oppositionspolitiker Tendai Biti. Und es gibt Menschen in Simbabwe, die sagen, Coventry sei nicht nur Macht geschenkt worden, sondern auch Land. Eine Farm, auf der einst Tabak angebaut wurde – und womöglich noch wird, diese wie sehr viele andere Fragen Kempe und Leufgens haben Coventry und das IOC nicht beantwortet –, ist Kirsty Coventry und ihrem Mann 2020 überschrieben worden.

Wer die Geschichte der einstigen Apartheidskolonie Rhodesien und die anschließende Vertreibung weißer Farmer unter Mugabe nur im Ansatz kennt, wundert sich, dass ausgerechnet eine weiße Frau derart bedacht wird. Er kenne keine andere weiße Person im Land, der eine Farm vermacht worden sei, sagt David Coltart, früherer Sportminister, heute Bürgermeister der zweitgrößten Stadt im Land, Überlebender von, wie er sagt, fünf Mordanschlägen. Sein Kontakt zu Kirsty Coventry sei abgebrochen, sagt Coltart, seit er sie 2019 darauf hingewiesen habe, dass sie als Mitglied der Regierung eine „kollektive Verantwortung“ für die Gewalt im Land hat.

Die ARD zeigt „Die Präsidentin“ kurz vor Mitternacht. Dabei weist die Doku nicht nur die Qualität sportpolitischer Recherchen im WDR nach, sie ist der wohl wichtigste Beitrag der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung zu den Winterspielen in Italien. Schon weil sie eindrucksvoll zeigt, wieso die Frau an der Spitze des IOC nicht glaubwürdig für eine Welt eintreten kann, in der Menschenrechte geachtet werden. CHRISTOPH BECKER

Die Präsidentin läuft am 30. Januar, ab fünf Uhr in der ARD-Mediathek, und um 23.30 Uhr im Ersten.



Von „Am Anfang war das Wort“ bis zu „Etwas Besseres als den Tod finden sie überall“: die Seiten mit preisgekrönten Artikeln des Wettbewerbs „Jugend schreibt“.

Foto F.A.Z.

Am Ende siegt doch die Neugier

Ausgezeichnete Schüler und ihre Geschichten, auch hinter den Geschichten: Im Frankfurter F.A.Z.-Tower wurden die „Jugend schreibt“-Preise und Joseph-Preise verliehen.



Die Preisträgerinnen und Preisträger von „Jugend schreibt“ und Joseph-Preise



Andreas Barner, stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender der FAZIT-Stiftung, Utschi Sikora, die Witwe von Rolf Joseph, Herausgeber Gerald Braunberger und FAZIT-Geschäftsführer Simon Haug (v.l.)

Fotos Frank Röth

Dieses Können wurde mit einem in Höhe von 2500 Euro dotierten Gruppenpreis honoriert. Lucie Stark und Luisa Karpenstein nahmen die Urkunden stellvertretend für den Kurs entgegen.

Frohe Gesichter auch bei den Schweizer Schülern der Kantonsschule Uetikon am See, deren Schule aufmerksamen Lesern seit Langem vertraut sein dürfte: Hochproduktiv verfassten sie im Lauf des Projektjahrs 45 Artikel, 19 wurden bisher gedruckt. Ihrem Lehrer Matthias Böhni gelingt es, auch die nicht schreibaffinen Schüler dazu zu bewegen, sich im Journalismus auszuprobieren. Das hat er vor zwei Jahren schon einmal mit einem anderen Kurs bewiesen und ebenfalls einen Gruppenpreis erhalten. Unter Beifall, hier und da blitzten Freudentränen auf, nahmen die Autoren ihre Urkunden in Empfang. In ih-

ren charmanten Dankesworten betonten die Preisträger, es war passagenweise ganz schön anstrengend, aber mal etwas völlig anderes als der übliche Unterricht. Das betonten viele Lehrer in der Rückschau – das Projekt sei nachhaltig, auch weil viele ihrer ehemaligen Schüler bekunden, nicht nur im Abitur, sondern später auch im Studium von der Lektüre der F.A.Z. zu profitieren.

Der zweite Teil des Nachmittags war der Verleihung des Joseph-Preises vorbehalten. Diese Ehrung rund um jüdische Themen ist dem Überlebenden des Holocaust, dem Berliner Rolf Joseph, gewidmet. Eine Schülergruppe des Evangelischen Gymnasiums zum Grauen Kloster in Berlin rief den Preis, damals noch Rolf-Joseph-Preis, ins Leben,

nun führt die FAZIT-Stiftung ihn fort. Mitglieder der Joseph-Gruppe waren im Publikum. Auch Simon Strauß, Feuilletonredakteur dieser Zeitung, der die Entstehungsgeschichte des Preises schilderte. Das Thema, jüdisches Leben damals und heute, bedeute Nähe suchen. Unter den Zuhörern saß Ehrengast Utschi Sikora, die Witwe von Rolf Joseph.

Simon Haug, Geschäftsführer der FAZIT-Stiftung, stellte die drei Preise vor und sprach darüber, „wie der Preis das Vermächtnis eines Überlebenden mit der demokratischen Verantwortung unserer Gegenwart verbindet“. Einen Einzelpreis, dotiert mit 500 Euro, erhielt Gavriel Harvey von der Kantonsschule Uetikon am See. Der Schüler von Christine Brunner schildert, wie in Zürich das jüdische Purimfest gefeiert wird. Er lässt zwei Rabbiner aus unterschiedlichen Traditionen erzählen. Der Artikel erscheint in der kommenden Montagsausgabe. Eine noch weitere Anreise hatten zwei Preisträger aus Slowenien hinter sich: Blaž Klinar und Urh Strakl von der Schreibwerkstatt Discimus Lab in Videm pri Ptuj/Tržec. Das Duo hat sich mit jüdischem Leben in seiner Heimat beschäftigt. „Viele Schicksale teilen ein Schicksal“ lautet der Artikel, der am 5. Mai 2025 in der F.A.Z. erschienen ist. Auch in Slowenien hat jüdisches Leben tiefe Wurzeln geschlagen. Und es musste dort ebenso leiden. Urh, der Dankesworte sprach, ist blind und der kreative Teil des Teams, mit hoher Eigenmotivation, wie Lehrer Gerald Hühner hervorhob, während Blaž die vielen Informationsfäden souverän zusammengeführt hat. Der 19-Jährige resümiert: „Es ist wichtig für uns, etwas übereinander und unsere Unterschiede zu lernen, denn genau das macht unsere Welt so schön. Ich habe so viel über jüdische Geschichte, das Leben und die Identität gelernt. Und alles aus erster Hand.“ Der Preis ist mit 700 Euro dotiert.

Ein weiterer Preis geht in diesem Jahr nach Rumänien, und zwar an ein Trio, an Luiza Foça, Ioana Idiceanu-Mathe und Albert Ododescu vom Nikolaus-Lenau-Lyzeum in Timișoara. Prämiert werden sie für ihren Artikel „Es bleibt allein die Synagoge“, der am 1. Dezember 2025 erschienen ist und die wechselvolle Geschichte der dramatisch schrumpfenden jüdischen Gemeinde in der rumänischen Stadt Timișoara beschreibt. Um das Jahr 1900 war die jüdische Gemeinschaft die viertgrößte Bevölkerungsgruppe der Stadt, heute zählt sie nur noch 600 Mitglieder. Das Schwinden über einen Zeitraum von mehr als 125 Jahren hat Gründe – und diese Gründe werden von den drei Schülern in ihrem Beitrag beschrieben. Am Ende bleiben nur die Synagogen. Der in dem Artikel interviewte Vizepräsident der jüdischen Gemeinde, Gheorghe Sebok, kämpft für den Erhalt der drei großen historischen Synagogen der Stadt, auch wenn sie nicht mehr alle für religiöse Zwecke gebraucht werden. Er sagt: „Synagogen abreißen, das wäre kein gutes Zeichen. Alle, die Synagogen niedrigerissen haben, sind negativ in die Geschichte eingegangen.“

Die drei Preisträger, deren Arbeit von Lehrerin Katharina Graupe begleitet wurde, waren virtuell zugeschaltet. Anreisen konnten sie nicht, weil sie an diesem Tag die Abiturlklausuren im Fach Deutsch schrieben. Auch dieser Preis ist mit 700 Euro dotiert. Freude an der „Lenau“, wie die Schule der deutschsprachigen Minderheit in Rumänien, der Banater Schwaben, auch genannt wird.

Nach Kaffee, Kuchen, Austausch, Glückwünschen und Erinnerungsfotos erlebten die Gäste eine Tower-Führung und Diskussion mit Wirtschaftsredakteurin Anne Kokenbrink. Derweil ging es für die neuen Projektlehrer an die Arbeit. Ihr journalistisches Seminar begann. In vertrauensvollem Zusammenwirken mit dem medienpädagogischen IZOP-Institut machen wieder 100 Kurse aller möglichen Schultypen mit. Sie lesen ein Jahr lang kostenfrei die Publikationen der F.A.Z. und setzen aktuelles Material im Unterricht ein. Die Jugend ist neugierig, und sie macht neugierig. URSULA KALS

„Ich unterstütze die AfD nicht“

Theo Müller geht gegen Campact vor

Seit Wochen führt die Kampagnenorganisation „Campact“ eine Kampagne gegen den Unternehmer Theo Müller und dessen Molkerei-Konzern. Sie unterstellt ihm, er unterstütze die AfD. 2,2 Millionen Sticker will Campact in Umlauf gebracht haben, mit denen man Produkte von Müller-Milch mit Aussagen wie „Alles AfD oder was?“ bekleben kann. Seit Mitte Januar werden bundesweit 28.000 Plakate aufgehängt, auf denen etwa zu lesen steht „Jetzt mit AfD-Geschmack: Konzerngründer Theo Müller unterstützt die rechtsextreme AfD“.

Diese Unterstellung will sich Müller nicht länger bieten lassen. Er fordert Campact auf, die Aussagen „Alles AfD oder was?“ Konzerngründer Theo Müller unterstützt die rechtsextreme AfD“ und „Jetzt mit AfD-Geschmack: Konzerngründer Theo Müller unterstützt die rechtsextreme AfD“ zu unterlassen und nicht mehr zu verbreiten. In der Unterlassungsaufforderung sagt Müller, was er der NZZ schon in einem Interview im Februar 2024 sagte: „Ich bin kein AfD-Mitglied und möchte auch keins werden.“ Und: Er habe die AfD zu keinem Zeitpunkt unterstützt und der Partei auch niemals Geld gespendet.

Mit der Kampagne, schreibt Müllers Anwalt Christian Schertz, mit der „solitären undifferenzierten blickfangartigen Herausstellung“ der beiden inkriminierten Sätze, stelle Campact eine unwahre Tatsachenbehauptung auf. Theo Müller habe „zu keinem Zeitpunkt die AfD unterstützt“, er habe „nie irgendwelche finanziellen Zuwendungen an die Partei vorgenommen“, er sei seit 30 Jahren Mitglied in der CSU und bekenne sich hierzu ausdrücklich. Die Campact-Kampagne behaupte das Gegenteil und vermittele den „zwingenden Eindruck“, dass Müller „zu den Unterstützern der AfD gehört und insbesondere entsprechende Spenden an die Partei geleistet“ habe.

Das werde auch nicht durch eine Presseerklärung relativiert, in der Campact auf eine persönliche Freundschaft zwischen Müller und der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel verwies. Eine persönliche Freundschaft sei von der Frage zu trennen, ob man eine Partei tatsächlich oder finanziell unterstütze. Durch den Satz „Konzerngründer Theo Müller unterstützt die rechtsextreme AfD“ verletze Campact Müllers Persönlichkeitsrechte „in mannigfaltiger Weise“. Sollte Campact die Aussagen nicht unterlassen, geht Müller vor Gericht.

Schaut man sich die Begründung an, mit der Campact die Aktion losgetreten hat, zeigt sich, wie vage diese ausfällt. Sie rekurriert auf die private Bekanntschaft zwischen Müller und Weidel, die zum Beispiel skandalisiert wurde, als die beiden bei einem Restaurantbesuch in Cannes beobachtet wurden, auf ein Foto, für das sie beim Besuch der Bayerreuther Festspiele posierten, und auf Müllers Interview in der NZZ, aus dem Campact einzelne Aussagen herausruft. So heißt es etwa, der Unternehmer habe eine Koalition zwischen CDU und AfD in Sachsen empfohlen. Schaut man genau hin, stellt man fest, dass Müller im Interview sagt, die CDU könne mit der AfD sprechen oder mit der SPD eine Minderheitsregierung bilden. Auf die Frage „Was sind Sie: ein interessierter Beobachter oder ein Sympathisant?“ antwortet er: „Irgendwas dazwischen.“ Was er von Björn Höcke halte, will die NZZ von Müller wissen. Der ist in seiner Einschätzung etwas unsicher, sagt dann aber: „Wenn Herr Höcke so schlimm ist, sollte die Regierung in Thüringen Artikel 18 des Grundgesetzes zur Anwendung bringen und ihm die Grundrechte entziehen.“ An anderer Stelle wiederum heißt es: „Alice Weidel ist eine Freundin.“ Den Satz stellte die NZZ an den Anfang eines Begleitartikels.

Nimmt man nur diese Schnipsel – „irgendwas dazwischen“, „Freundin“ –, kann man aus Müller-Milch braune Soße machen, aber auch nur dann. Das Vorgehen der Organisation Campact, die im Jahr 2024 nach eigenen Angaben dank Spenden auf Einnahmen von 24,6 Millionen Euro kam, erinnert an die Pranger-Aktion vom letzten November, bei der Campact von Firmen binnen kurzer Frist wissen wollte, ob sie Mitglied im Verband „Die Familienunternehmer“ seien, dessen Präsidentin sich dafür ausgesprochen hatte, auch mit der AfD zu reden (inzwischen hat sich das wieder geändert). Agitiert wurde unter anderem gegen den Drogeriekonzern DM, von dem sich dann aber herausstellte, dass er dem Verband schon seit einigen Monaten nicht mehr angehört hatte. MICHAEL HANFELD